Uster, Hettlingen und Glattfelden, 9. November 2026

KR-Nr. 424/2026

A N F R A G E von Anita Borer (SVP, Uster), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) und Andreas Keiser (SVP, Glattfelden)

Betreffend Islamismus und Dschihadismus: Lagebild und Gefährdungseinschätzung

---

Islamistische und dschihadistische Bewegungen stellen seit vielen Jahren eine sicherheits- und gesellschaftspolitische Herausforderung für europäische Staaten und damit auch für die Schweiz dar. Neben der unmittelbaren Gefahr terroristischer Gewalt umfassen die Herausforderungen auch Radikalisierungsprozesse, demokratiefeindliche Ideologien, Parallelgesellschaften sowie Bestrebungen, gesellschaftliche und staatliche Strukturen im Sinne extremistischer Weltanschauungen zu beeinflussen.

Im Kanton Zürich fallen Erkenntnisse zu Islamismus und Dschihadismus bei unterschiedlichen Stellen an. Dazu gehören insbesondere die Kantonspolizei, die Staatsanwaltschaft, Fachstellen für Prävention und Integration, Bildungsinstitutionen sowie Bundesbehörden wie der Nachrichtendienst des Bundes. Unklar ist jedoch, ob diese Erkenntnisse zu einem konsolidierten Gesamtbild zusammengeführt werden und wie der Regierungsrat die aktuelle Lage sowie die Entwicklung der Bedrohung beurteilt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Verfügt der Regierungsrat über eine aktuelle, direktions- und behördenübergreifende Lagebeurteilung zu Islamismus und Dschihadismus im Kanton Zürich? Falls ja, welche wesentlichen Erkenntnisse ergeben sich daraus hinsichtlich Bedrohungslage, islamistischer Radikalisierungstendenzen sowie der Aktivitäten extremistischer Akteure und Netzwerke?

2. Wie hat sich die islamistische und dschihadistische Bedrohungslage im Kanton Zürich in den letzten zehn Jahren entwickelt?

3. Zu wie vielen Personen mit Bezug zum Kanton Zürich liegen den zuständigen Behörden derzeit Erkenntnisse über islamistische Radikalisierung, extremistische Aktivitäten oder dschihadistischen Bestrebungen vor? Bitte die verwendeten Erfassungskategorien erläutern, Überschneidungen kenntlich machen und die Zahl der Minderjährigen gesondert ausweisen.

4. Welche Erkenntnisse bestehen zu Rückkehrern aus dschihadistischen Konfliktgebieten beziehungsweise terroristischen Organisationen und wie wird deren Gefährdungspotenzial beurteilt?

5. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat Schulen, Jugendeinrichtungen, sozialen Medien und religiösen Institutionen im Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen bei?

6. Welche Präventions- und Deradikalisierungsprogramme werden derzeit durch den Kanton unterstützt und wie beurteilt der Regierungsrat deren Wirksamkeit? Bitte auch die jährlichen Kosten und die Ergebnisse allfälliger Evaluationen ausweisen.

7. Welche polizeilichen und ausländerrechtlichen Massnahmen wurden in den letzten fünf Jahren im Zusammenhang mit Islamismus und Dschihadismus gegenüber Personen mit Bezug zum Kanton Zürich beantragt, angeordnet und tatsächlich vollzogen? Bitte nach Jahr und Massnahmenart ausweisen, unter besonderer Berücksichtigung der polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT). Welche rechtlichen oder tatsächlichen Vollzugshindernisse bestehen und wie wird diesen begegnet?

Anita Borer
Tobias Weidmann
Andreas Keiser